



Schriftlich festgehalten wurde die Kooperationsvereinbarung der Vhs und ROSI von (v.l.) Valerij Provotorov, Ratsmitglied Gisela Ocken, Jürgen Dietrich und Sonja Leidemann. Foto: Liesenhoff

Volkshochschule setzt auf den Austausch mit Russland

Kooperationsvereinbarung mit Bildungseinrichtung in Kursk

Von Anne Ullenboom

Witten blickt nach Osten: in den Räumen der Vhs an der Ruhrstraße wurde gestern eine Kooperationsvereinbarung zwischen der „Offenen Sozialen Hochschule ROSI“ in der russischen Partnerstadt Kursk und der Volkshochschule Witten-Wetterherdecke unterzeichnet.

Es war ein bisschen so wie eine Eheschließung auf dem Standesamt. Zwei Bildungseinrichtungen gaben sich in Witten das Ja-Wort zur Zusammenarbeit. So steht in Zukunft, wie in fast jeder Partnerschaft, vor allem der Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt, aber auch Lehr- und Lernmaterialien sollen zwischen den Einrichtungen hin- und hergereicht werden. Die Kooperation soll zudem mit gegenseitigen Besu-

chen und Unterrichts-Hospitationen gefestigt werden.

„Jeder Kontakt mit Deutschland ist für uns enorm wichtig. Durch regelmäßigen Austausch kann auch verstärkt Werbung für das Erlernen der deutschen Sprache gemacht werden, die inzwischen Gefahr läuft, in Russland durch die englische Sprache vollkommen

Zusammenarbeit soll Horizonte erweitern

verdrängt zu werden. Dem möchten wir gezielt entgegenwirken“, erklärt Prof. Valerij Provotorov, der an der Bildungsanstalt ROSI den Lehrstuhl für Übersetzen, Dolmetschen und Interkulturelle Kommunikation leitet.

1994 wurde ROSI als erste nichtstaatliche Fortbildungseinrichtung in der Region

Kursk gegründet. Angeboten werden Ausbildungsgänge in Fachgebieten wie Jura, Management, Übersetzung, Dolmetschen und Fremdenverkehr. Wittens stellvertretender Bürgermeister Jürgen Dietrich stellte bei einem Besuch in Kursk den Kontakt zur hiesigen Vhs her.

„Globalisierung fängt immer zu Hause an“, sagt Volkshochschuldirektorin Sonja Leidemann: „Im Zuge der Osterweiterung der EU werden direkte Kontakte zu den Menschen in den Partnerstädten immer wichtiger.“

Die offizielle Zusammenarbeit beider Einrichtungen ermöglicht es zudem, Fördermittel der EU zu beantragen. „Die engen Kontakte erleichtern die Antragsstellung“, so Leidemann. Am 1. Januar 2003 tritt die gestern unterzeichnete Vereinbarung in Kraft.

WAZ 18.12.02